

**Leipziger Klima-Appell  
eines Panels vom 18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetags  
an die neue Bundesregierung**

(namentlich die Minister\_innen Karin Prien (BMBFSJ),  
Carsten Schneider (BMU) und Thorsten Frei (Chef BK))



Wir, die Teilnehmer\_innen des Podiums „Wider die Ohnmacht: Engagement für Klimagerechtigkeit“ auf dem 18. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Leipzig, richten im Nachgang zu unserer heutigen Diskussion drei dringende Bitten an die Bundesregierung. Eine lebensweltgerechte Nachhaltigkeitsstrategie, die die Anliegen der jungen Menschen aufgreift, braucht das Engagement von BMBFSJ, Umweltministerium und Kanzleramt!

Die Herausforderungen sind größer, als dass wir sie alleine stemmen könnten. Wir bitten Sie daher um Folgendes:

**1. Klimasozialpolitik braucht Mut-Mach-Kultur:  
Bildung für nachhaltige Entwicklung**

Der Klimawandel löst Angst- und Ohnmachtsgefühle aus. Sie zu überwinden braucht verlässliche Informationen und Bildungsangebote, die zu gemeinsamem Handeln ermutigen. Die junge Generation verdient eine besondere Aufmerksamkeit.

In Kitas, an Schulen, im Ganztage und an Bildungsorten der Jugendhilfe und Jugendverbandsarbeit muss eine Mut-Mach-Kultur gegen die Klima-Ohnmacht gestärkt werden. Gerade die (stationäre) Kinder- und Jugendhilfe ist erfahren darin, Empowerment zu leisten und Resilienz zu fördern. Gemeinsam mit anderen, vor allem schulischen Akteur\_innen, kann sie Bildung für nachhaltige Entwicklung vorantreiben, wenn dies verlässlich finanziert und strukturell unterstützt wird.

**2. Einrichtungen und Dienste zur Klimaneutralität befähigen:  
Refinanzierung verbessern**

Die Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe spielen wegen der Vielzahl ihrer Immobilien, ihres Beschaffungswesens, der Fahrzeugflotten sowie der Verpflegungsstrukturen eine wichtige Rolle für das Erreichen der Klimaziele Deutschlands, können dies aber aufgrund ihrer Finanzierungsstruktur und Gemeinnützigkeit nicht allein bewältigen. Gleiches gilt für den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien. Der Umbau zu einem klimaneutralen Gebäudebestand und die Ausschöpfung des Potenzials der Eigenenergieerzeugung auf den zahlreichen Gebäuden der Kinder- und Jugendhilfe verlangen ein zusätzliches Investitionsbudget.

Mittelfristige Energieeinsparungen werden die Kosten hierfür amortisieren, auch für die jeweiligen Kostenträger handelt es sich um lohnenswerte Investitionen. Hoffnungen setzen wir nicht zuletzt auf das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Sondervermögen für Zukunftsinvestitionen.

### **3. Vernetzungen befördern:**

#### **Ressortübergreifende Zusammenarbeit auch für den Klimaschutz nutzen.**

Klimapolitik muss sozial-gerecht gestaltet werden. Es braucht Ausgleichs- und Kompensationsmechanismen für Haushalte mit geringem Einkommen und für besonders vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche. Wenn Klimapolitik die gesamte Gesellschaft im Blick hat, spaltet sie nicht, sondern schafft für alle Menschen eine gute Zukunft und stärkt damit unsere Demokratie. Daher ist eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen erforderlich: Kommunen, Länder sowie der Bund sind gefragt, kohärent zusammen zu arbeiten, die Ministerien für Bildung und Familie, Umwelt und Klima müssen sich ressortübergreifend zu den klimapolitischen Themen abstimmen, die den Schwung der Jugend(hilfe) brauchen. Die neue Bundesregierung kann und sollte Austauschformate initiieren, die helfen, aus dem Silodenken herauszukommen.

Leipzig, den 15. Mai 2025

Eva Welskop-Deffaa (Präsidentin Deutscher Caritasverband e.V.)

Luisa Neubauer (Fridays for future)

Prof.in Dr.in Barbara Schramkowski (Duale Hochschule Baden-Württemberg)

Michael Kaiser (Vorstand des Bundesverbandes Caritas Kinder- und Jugendhilfe – BVkE)

Willibald Neumeyer (Leiter des Caritas-Jugendhilfezentrums Schnaittach)